

Der Kampf um die Freiheit spitzt sich zu

Ein Jahr nach der von der NRA unterstützten *Bruen*-Entscheidung des US Supreme Court ist dieses Urteil Anlass für juristische Auseinandersetzungen im ganzen Land.

Von [Stephen P. Halbrook](#) | America's 1st Freedom, 28. Juni 2023



Unmittelbar nach der Entscheidung des [Obersten Gerichtshofs](#) der USA im Fall *New York State Rifle & Pistol Association gegen Bruen* (2022) hat dieser mehrere Fälle auf seinem Terminkalender, die Waffenbeschränkungen aufrechterhalten hatten, an die unteren Gerichte zurückverwiesen, damit diese im Einklang mit dem *Bruen*-Urteil neu entschieden werden. In der Sprache des Gerichtshofs heißt das: „Ihr habt euch geirrt; geht jetzt zurück und macht es richtig.“ Und in *Bruen* hat der Gerichtshof sehr deutlich gemacht, wie es richtig zu machen ist.

Erstens verlangte der Oberste Gerichtshof von den unteren Gerichten eine Antwort auf die Frage, ob die betreffende Aktivität durch den Wortlaut des [Second Amendment](#) geschützt ist. Denn, und hören Sie genau zu, „das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen“ meint, was es sagt. Wenn die Aktivität also wahrscheinlich geschützt ist, liegt es an der Regierung, die Einschränkung zu begründen. Wenn es in einem Verfahren um ein Verbot von Waffen geht, die weithin und für rechtmäßige Zwecke verwendet werden, dann ist die Sache erledigt – die Einschränkung ist verfassungsrechtlich ungültig.

Zweitens: Gab es eine ähnliche Einschränkung oder ein Analogon dazu zur Zeit der Gründung Amerikas, als das Amendment 1791 oder innerhalb weniger Jahre danach verab-

schiedet wurde? Wenn nicht, ist die Einschränkung unserer Freiheit verfassungswidrig. Wenn ja, dann muss ein Gericht beurteilen, ob die moderne Einschränkung tatsächlich im Einklang mit unseren historischen Traditionen steht.

Der Gerichtshof hat auch deutlich gemacht, was man bei der Umsetzung dieses Urteils nicht missverstehen darf. Im Kern bedeutet das, dass Richter nicht mehr ihre willkürlichen Werturteile im Wege einer Zweck-Mittel-Abwägung mit dem schicken Begriff „[intermediate scrutiny](#)“ einbringen können, um jede einzelne Beschränkung aufrechtzuerhalten. Die Vorstellung, dass die Regierung in diesen Fällen dadurch so gut wie immer gewinnt, ist nun hinfällig.

Beginnen wir mit dem ersten Fall, den der Gerichtshof an ein untergeordnetes Gericht zurückverwiesen hat, damit es die Sache richtig stellt: nämlich die Entscheidung des [Vierten Bundesberufungsgerichts](#), die das Verbot von „Sturmgewehren“ [„assault weapons“] in Maryland bestätigte, welches auf dem Irrglauben beruhte, dass gewöhnliche halbautomatische Gewehre vom AR-Typ sich nicht wesentlich von Vollautomaten unterscheiden und in gewisser Weise „Kriegswaffen sind, die im militärischen Einsatz am zweckmäßigsten sind“. Das Vierte Bundesberufungsgericht behauptete dies, obwohl keine bedeutende Militärmacht der Welt halbautomatische Gewehre als Standardwaffe an ihre Streitkräfte ausgibt.

Da es in der Gründungszeit keine Schusswaffenverbote gab, argumentierte Maryland, dass es in den Beschränkungen für ähnlich „außerordentlich gefährliche“ Waffen wie Bowie-Messer eine Entsprechung gefunden habe. Wie sich jedoch herausstellte, schränkte nur eine Minderheit der Bundesstaaten in der Zeit vor dem Bürgerkrieg das verdeckte Tragen dieser Messer ein und in keinem waren sie verboten.

Ein Gremium aus drei Richtern des Vierten Bundesberufungsgerichts verhandelte am 6. Dezember 2022 den Fall mit dem Namen *Bianchi v. Frosh*. Die Tatsache, dass die verbotenen Gewehre und Magazine gemäß *Heller* „allgemein im Gebrauch“ [in „common use“] sind, ist unbestritten. Wer weiß, wie das Gremium entscheiden wird, aber die Entscheidung könnte eine Rückverweisung an die untere Instanz oder eine [rechtskräftige] Entscheidung in der Sache selbst sein. Jede Entscheidung könnte auch vom gesamten Gericht (*en banc*) erneut geprüft werden.

In der Zwischenzeit gab es eine Eröffnungssalve gegen *Bruen* in Form der Entscheidung des Bundesbezirksgerichts in Chicago in der Sache *Bevis gegen die Stadt Naperville*, in der eine einstweilige Verfügung gegen die Anwendung des neuen „Sturmwaffen“-Verbots in Illinois abgelehnt wurde. Unter Missachtung des „Common-Use“-Tests, mit dem festgestellt wird, dass bestimmte Waffen nicht „gefährlich und ungewöhnlich“ sind, wurde in diesem Urteil ein Test für „besonders gefährlich“ erfunden und auf das AR-15 angewandt.

Zur Begründung führte das Gericht folgende seltsame Behauptung an: „Die Mündungsgeschwindigkeit eines Sturmgewehrs ist viermal höher als die einer leistungsstarken halbau-

tomatischen Feuerwaffe.“ Das ist seltsam, wenn man bedenkt, dass ein AR-15 bereits eine halbautomatische Feuerwaffe *ist*. Und auch wenn es schwer ist, sich einen Reim auf diese Aussage zu machen, versuchen sie vielleicht, Gewehre des Typs AR im Kaliber .223 Rem. mit Gewehren in anderen Kalibern zu vergleichen? Wie dem auch sei, sie wissen eindeutig nicht, wovon sie reden.

Das Gericht behauptete dann, dass sich die „Verletzung entlang des Schusskanals durch ein AR-15 erheblich von einer Verletzung durch eine Kurzwaffe mit niedriger [Mündungs-]Geschwindigkeit unterscheidet...“. Sie haben also Langwaffen mit Kurzwaffen verglichen, ohne Rücksicht darauf, was für ein Kaliber sie haben...? Das klingt für mich nach Lockvogeltaktik.



Der Unsinn mit dem besonderen Bedürfnis

Nun zum Thema des Rechts auf das Tragen von Kurzwaffen: *Bruen* erklärte das New Yorker Gesetz für ungültig, mit dem Genehmigungen an einige wenige Auserwählte erteilt wurden und urteilte stattdessen, dass gesetzestreue Bürger generell zum Tragen von Waffen berechtigt sind, ohne ein besonderes „Bedürfnis“ nachweisen zu müssen. Als Reaktion darauf hat New York das Tragen von Waffen in der von Kriminalität gebeutelten U-Bahn, in Kirchen und Synagogen (die Ziele extremistischer Angriffe waren) und fast überall sonst verboten. Damit das Führen von Waffen in einem Geschäft oder an einer Tankstelle legal wird, muss ein Schild mit der Aufschrift „Waffenbesitzer willkommen“ angebracht werden (ein Code für alle Woken: „Kauft nicht in diesem Geschäft!“).

Zwei Bezirksgerichte erklärten diese Gesetze unter Verweis auf das Second Amendment für verfassungswidrig und die Berufung New Yorks in mehreren Fällen wurde am 30. März 2023 vor dem [Zweiten Bundesberufungsgericht](#) verhandelt. In dem von der NRA unterstützten Fall [His Tabernacle Family Church v. Nigrelli](#) räumte der Rechtsvertreter New Yorks ein, dass „es mehr Gefährdungen für Kirchen gibt als für andere Örtlichkeiten“, was eigentlich das Recht jeder Kirche unterstützt, selbst zu entscheiden, ob ihre Gemeindemitglieder verdeckt tragen dürfen. Wie die Anwältin der Kirche, Erin Murphy, entgegnete, sind die Gläubigen schlichtweg „leichte Beute“ innerhalb dieser weichen Ziele.

Niemand stellt das Recht des privaten Grundeigentümers in Frage, jemanden aus irgendeinem Grund vom Zutritt auszuschließen, egal ob er Waffen trägt oder nicht, aber Unternehmen laden natürlich die Öffentlichkeit in ihre Räumlichkeiten ein. Das New Yorker Gesetz kehrt die Standardregel für Hausfriedensbruch um, indem es vorschreibt, dass eine Bekanntmachung erfolgen muss, ob jemand eintreten darf, wenn er verdeckt eine Waffe trägt. Der Staat zwingt somit Unternehmen, sich konkret zu äußern, ob sie nun in der Politik Partei ergreifen wollen oder nicht – ein Verstoß gegen das First und das Second [Amendment](#).

Wir müssen abwarten, was das Zweite Bundesberufungsgericht zu all dem sagt, aber das wird sicher nicht das Ende sein.

Gerichtsverfahren an der Westküste

Kommen wir nun an die Westküste, nach Kalifornien, dieser fabelhaften Brutstätte für Prozesse rund um das Second Amendment und Sitz des insoweit oft feindseligen [Neunten Bundesberufungsgerichts](#). [Kalifornien](#) verbietet den Verkauf halbautomatischer Pistolen im Einzelhandel, die nicht über eine Ladezustandsanzeige, eine Magazinsicherung und die Möglichkeit der Mikrotempelung verfügen (ein futuristisches Konzept, bei dem der Schlagbolzen beim Abfeuern die Identität der Pistole auf das Zündhütchen prägt). Seit 2013, als die Mikrotempelung eingeführt wurde, wurde keine einzige neue Pistole in das [staatliche Verzeichnis](#) der nicht unsicheren Kurz Waffen aufgenommen (sie konnten sich nicht dazu durchringen, „sichere Kurz Waffen“ zu sagen), da USA-weit keine Pistolen mit diesem nicht-realisierten Merkmal hergestellt werden.

Am 20. März 2023 erließ das [Bundesbezirksgericht für den zentralen Bezirk von Kalifornien](#) in der Rechtssache *Boland gegen Bonta* eine einstweilige Verfügung gegen die Anwendung des Gesetzes und stellte schlicht fest: „Die Verpflichtung der Kalifornier, zur Selbstverteidigung ausschließlich veraltete Kurz Waffen zu kaufen, verstößt fraglos gegen ihr Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen.“ Das Gericht hat berücksichtigt, dass die Hersteller Schusswaffen kontinuierlich verbessern, um sie sicherer, zuverlässiger und präziser zu machen.

Da Pistolen mit verbesserter Konstruktion den *Bruen*-Test für das Tragen von Waffen erfüllen, oblag es Kalifornien, entsprechende Beispiele aus der Gründerzeit zu finden, in denen vergleichbare Einschränkungen galten. Der Bundesstaat behauptete, zwei solche Analoga gefunden zu haben. Erstens verlangten einige Handvoll Staaten in der frühen Republik, dass die Läufe von Feuerwaffen, die im Staat verkauft wurden, „geprüft“ werden mussten, d. h. sie mussten getestet werden, um sicherzustellen, dass sie sicher waren. Dies entspricht jedoch nicht dem kalifornischen Gesetz, das die Einführung verbesserter, sicherer Modelle *unterdrückt*.

Ein zweites von Kalifornien angeführtes Analogon waren die Lagerungsvorschriften für große Mengen Schießpulver. Dabei handelte es sich jedoch um Vorschriften zur Brandverhütung zu Zeiten von hochexplosivem Schwarzpulver, so dass sich daraus keine Rechtfertigung für die vorliegenden Beschränkungen ergibt.

Es gibt eine Hintergrundstory zu diesem Fall, die aus der Niederschrift der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksrichter hervorgeht. Der wichtigste Sachverständige Kaliforniens war [Saul Cornell](#), der aussagte, dass seiner Meinung nach das kalifornische Gesetz voll und ganz mit der *Bruen*-Entscheidung im Einklang steht. Im Kreuzverhör durch den Anwalt der Kläger gab Cornell zu, auf [SCOTUSblog](#) geschrieben zu haben, dass „Richter [Thomas](#)' {*Bruen*}-Entscheidung“ auf „Fiktion, Fantasie und Mythologie“ basiere und dass Thomas in einem „bizarren verfassungsrechtlichen Universum“ lebe. Außerdem seien die Richter [Gorsuch](#) und [Barrett](#) „ideologische Kämpfer und politische Schmierfinken“. Dennoch behauptete Cornell, ein neutraler „Experte“ zu sein.

Einschränkungen für 18- bis 20-Jährige

Unterdessen herrscht unter den Gerichten Uneinigkeit darüber, ob 18- bis 20-Jährige ein Recht auf den Erwerb oder das Tragen von Schusswaffen nach dem Second Amendment haben. Bevor wir uns einige Fälle ansehen, sollten wir die Aufmerksamkeit auf das [Milizgesetz von 1792](#) lenken, das ein Jahr nach der Ratifizierung des Second Amendment verabschiedet wurde. Darin wurde „jeder freie, wehrfähige, männliche weiße Bürger“ („weiß“ wurde 1867 gestrichen) im Alter von 18 bis 44 Jahren verpflichtet, sich bei der Miliz zu melden und „sich mit einer guten Muskete oder einem Steinschlossgewehr auszustatten“, mit der Besonderheit, dass jeder Reiter sich mit einem Schwert und „einem Paar Pistolen auszurüsten hatte“. Dieses Gesetz blieb bis 1903 in Kraft.

Am 9. März 2023 bestätigte das Bundesberufungsgericht für den elften Gerichtsbezirk in der Rechtssache *NRA gegen Bondi* das Gesetz Floridas, das Personen unter 21 Jahren den Erwerb von Feuerwaffen untersagt. (Sie können sie auf andere Weise erwerben und so eine NICS-Prüfung vermeiden.) Es stellte fest, dass die Forderung, „sich bei der Miliz zu melden“ (es ignorierte die Formulierung, sich selbst mit Waffen „auszustatten“ oder „auszurüsten“), keinen Aufschluss über das *Recht* auf das Tragen von Waffen gibt. Es fand lediglich drei Staaten mit Altersbeschränkungen während der Zeit des Wiederaufbaus [nach dem [Bürgerkrieg](#)] und wählte 1868, das Jahr, in dem das [Fourteenth Amendment](#) ratifiziert wurde, und nicht 1791, als das Second Amendment ratifiziert wurde, als das Jahr, das für Analogien zählt. Dabei berücksichtigte es nicht, dass das Milizgesetz damals noch in Kraft war.

Nur am Rande: Durch das Fourteenth Amendment wurde der größte Teil der [U.S. Bill of Rights](#) auf die Bundesstaaten anwendbar. Dadurch wurde die Bedeutung der Bill of Rights nicht verändert. Die Festlegung des Verständnisses der darin garantierten Rechte auf das Jahr 1868 – eine instabile, kontroverse Periode der amerikanischen Geschichte – würde

den gesamten Bestand an Präzedenzfällen des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten, vom First Amendment an abwärts, auf den Kopf stellen.

Obwohl es *Bruen* untersagt, nahm das Gericht in *Bondi* eine Interessenabwägung vor und verwies auf „Schusswaffengewalt unter einigen 18- bis 20-Jährigen“. Nun, wenn man dieses Spielchen spielen will, sollte man Frauen in dieser Altersgruppe aus der Gleichung herausnehmen, da ihre Quote an derartigen Verbrechen extrem niedrig ist. Aber natürlich würde die Gleichstellungsklausel des Vierzehnten Verfassungszusatzes ein Verbot nur für Männer verbieten.

Dem gegenüber steht eine Entscheidung des Bundesbezirksgerichts für den Bezirk Minnesota vom 31. März, *Worth gegen Harrington*, in der das Gericht feststellte, dass junge Erwachsene durch das Second Amendment geschützt sind, wenn sie eine Genehmigung zum Tragen von Kurz Waffen beantragen. Personen im Alter von 18 bis 20 Jahren zählen im Zusammenhang mit dem Ersten, Zweiten und Vierten Verfassungszusatz zum „Volk“ [„the people“]. Und in Bezug auf das Milizgesetz von 1792 schrieb das Gericht: „Und die Tatsache, dass der Zweite Verfassungszusatz selbst von einer ‚gut organisierten Miliz‘ spricht, bedeutet, dass der Altersspanne in den Milizgesetzen eine besondere Bedeutung für die Reichweite seines Schutzes zukommt.“

Dieses Gericht wies die Analogien aus der Zeit des Wiederaufbaus [nach dem Bürgerkrieg] als zu weit von der Gründungszeit entfernt zurück, ganz zu schweigen davon, dass keine von ihnen das Tragen von Schusswaffen durch Bürger im Alter von 18 bis 20 Jahren verbot.

Der sechsundzwanzigste Verfassungszusatz, der 1971 ratifiziert wurde, ist zwar für das ursprüngliche Verständnis des zweiten Verfassungszusatzes nicht relevant und wurde daher vom Gericht nicht erwähnt, verbietet es jedoch, Personen, die achtzehn Jahre alt oder älter sind, das Wahlrecht zu verweigern. Die Forderung nach diesem Recht geht auf die Generation des Zweiten Weltkriegs zurück und wurde von der Generation des Vietnamkriegs zu Ende gebracht. Der Gedanke war, dass man alt genug ist, um zu wählen, wenn man alt genug ist, um im Krieg Waffen zu tragen. Aus demselben Grund sollte man auch in Friedenszeiten alt genug sein, um Waffen zu tragen.

Die oben genannten zivilrechtlichen Fälle sind nur ein Ausschnitt der seit *Bruen* anhängigen Verfahren. Auch in Strafsachen gibt es neue Fälle. Insoweit halten einige Gerichte Waffenbesitzverbote auf Bundesebene für ungültig, wenn keine Verurteilung wegen eines tatsächlichen Delikts vorliegt, wie z. B. die Verbote für Personen, die unter Anklage stehen (ein Richter witzelte: „Eine [Grand Jury](#) könnte einen {Burrito} anklagen, wenn sie darum gebeten würde“) und für Personen, die einem zivilrechtlichen Kontaktverbot unterliegen (das nicht die Garantien eines Strafverfahrens bietet). Solche Fälle haben eine hohe Chance auf eine Überprüfung durch den Obersten Gerichtshof der USA.

Derweil sind einige Gerichte geschickt darin, eine Überprüfung durch den Supreme Court zu umgehen. Der Rechtsstreit in Kalifornien wegen des Magazinverbots, *Duncan gegen Bonta*, hätte vom Neunten Bundesberufungsgericht entschieden werden können, als er vom Obersten Gerichtshof zurückverwiesen wurde, aber dieses verwies den Fall zur weiteren Prüfung an das Bezirksgericht zurück, obwohl dieses bereits ein erschöpfendes Urteil vorgelegt hatte.

Täuschen Sie sich nicht, einige Gerichte leisten massiven Widerstand gegen *Bruen*, genauso wie sie es schon bei *Heller* getan haben. Dennoch nehmen viele Gerichte *Bruen* ernst und stellen fest, dass Verbote das Second Amendment verletzen. Was sich hier abspielt, ist Teil eines größeren historischen Ringens zwischen Freiheit und Kontrolle durch die Regierung, und das wird nie ein Ende haben.

Dr. Stephen P. Halbrook ist Rechtsanwalt und Senior Fellow am Independent Institute. Seine neuesten Bücher sind [America's Rifle: The Case for the AR-15](#) und [The Right to Bear Arms: A Constitutional Right of the People or a Privilege of the Ruling Class?](#) Weitere Informationen unter www.stephenhalbrook.com.

Den amerikanischen Originalartikel „**The Battle for Freedom Escalates – A year after the NRA-backed Bruen case, this U.S. Supreme Court decision is the basis for challenges across the country**“ kann man hier abrufen:
<https://www.americas1stfreedom.org/content/the-battle-for-freedom-escalates/>

Übersetzung: August 2023

Alle Links im Text sowie Anmerkungen in [...] stammen vom Übersetzer.